

Wir wollen mit der Arbeit schnellstens beginnen“, begründete die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Martina Renner, die insgesamt sieben Anträge, die die LINKE bereits zur konstituierenden Sitzung des Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag am 16. Februar eingebracht hatte. Der Untersuchungsausschuss soll die Umstände klären, die dazu geführt haben, dass ein neonazistisches Terrornetzwerk in Thüringen entstehen, untertauchen und seine Verbrechen begehen konnte. Die Rolle der Thüringer Sicherheitsbehörden soll dabei besonders durch die Parlamentarier untersucht werden.

„Nachdem die Landesregierung die vollumfängliche Information des Untersuchungsausschusses nach Rücksprache mit dem Generalbundesanwalt zugesichert hat, müssen nun sämtliche Akten dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt werden. Das betrifft neben den Ermittlungsverfahren und Akten über die durchgeführten Fahndungsmaßnahmen auch Richtlinien und Vorschriften zum Anwerben und Führen von V-Personen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und die aus dem Führen von V-Personen vorgelegten Informationen“, teilte die Abgeordnete mit.

Gefahr falsch eingeschätzt

In einem ersten Schritt soll der Untersuchungsausschuss sich durch eine Anhörung von Sachverständigen einen Überblick über die Situation des Rechtsextremismus Mitte der 90er Jahre in Thüringen verschaffen.

Die Herausbildung und Verfestigung rechtsextremistischer Strukturen in Thüringen in dieser Zeit und deren Radikalisierung erfolgten zeitgleich mit der Entstehung eines rechtsterroristischen Netzwerkes. „Es geht letztlich auch darum, ob die Gefahr der Herausbildung militanter rechtsextremer Strukturen durch die politisch und behördlich Verantwortlichen in Thürin-

Die Rolle der Behörden steht besonders im Fokus

Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses

gen falsch eingeschätzt wurde und somit ihre Entstehung und Verfestigung begünstigt wurden“, so Martina Renner, die zugleich stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses ist.

Opferzahlen neu bewerten

„Die Differenz zwischen den offiziellen Zahlen von Bundes- und Landesregierungen über die Todesopfer neonazistischer und rassistischer Gewalt zu der von Journalisten recherchierten Zahl hat noch immer nicht zu einer Neubewertung der Morde geführt“, so eine weitere Kritik der Innenpolitikerin der Linksfraktion.

Die Bundesregierung gibt die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt mit bundesweit 47 an, während der Tagesspiegel 137 sowie 14 weitere Verdachtsfälle detailliert aufführt. Das Portal Mut gegen rechte Gewalt, ein Projekt des Magazins stern und der Amadeu Antonio Stiftung, geht sogar von mindestens 182 Todesopfern aus und weist auf eine weitere Dunkelziffer hin.

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Martina Renner geht die Landesregierung von einem Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen aus (Drucksache 5/3992). Bei sechs weiteren Fällen, von denen fünf durch die Journalisten des Tagesspiegels recherchiert wurden, teilt die Landesregierung lediglich lapidar mit, dass die Kriterien für eine Aufnahme in die Stati-

stik neonazistischer Gewalt (PMK-Rechts) nicht vorgelegen haben.

„Angesichts der eigens durch die Landesregierung benannten Kriterien ist diese erhebliche Diskrepanz nicht zu erklären. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Todesfälle, bei denen ein neonazistischer Hintergrund sehr wahrscheinlich ist, neu zu untersuchen und zu bewerten. Der würdelose Umgang mit Opfern rechter Gewalt, bei dem die Motivation der Täter entpolitisiert und in staatlichen Statistiken verschleiert wird, darf sich nicht weiter fortsetzen“, so Martina Renner.

Wanderausstellung in Landtag

Selbst nach eigenen Aussagen der Landesregierung werden Straftaten der PMK-Rechts zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind. Die Innenpolitikerin hat sich deshalb nochmals mit einer Anfrage an die Landesregierung gewandt, um in Erfahrung zu bringen, welche der für eine Einordnung in die PMK-Rechts vorliegenden Kriterien auf Taten und Täter der nicht aufgenommenen Tötungsdelikte zutreffen und welche nicht. Zudem soll die Landesregierung erklären, welche konkreten Gründe im Rahmen der Abwägung schließlich zur Nichteinordnung der Tötung in die PMK-Rechts führten.

Martina Renner regt an, die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990“ von Rebecca Forner in Zusammenarbeit mit der Opferperspektive e. V. im Landtag auszustellen.



Sachbuch: DIE LINKE und das Internet

Am 16 Februar neu erschienen: Das Buch „It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts“ (VSA-Verlag). In 17 Beiträgen liefern Fachleute der Linkspartei Positionsbestimmungen zu den Themenkomplexen Internet und Medienkompetenz und widmen sich aktuellen Initiativen zur Netzpolitik. Sechs Beiträge sind komplett oder teilweise in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag entstanden.

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Thüringer Linksfraktion und einer Herausgeber des Buches, hat einen Beitrag zum Verhältnis von Internet und Demokratie beigegeben. Sein Fazit: die Chancen der digitalen Gesellschaft sind an den freien Zugang für alle gebunden. Er kommt zudem im Vorwort und bei einer Podiumsdiskussion zur Netzpolitik zu Wort.

André Blechschmidt, der medienpo-

litische Sprecher der Fraktion, betont den Zusammenhang von Medienkompetenz und Demokratieerziehung. Medienkompetenz sei allerdings nicht auf das Internet zu beschränken.

Stefan Wogawa, Internetredakteur der Linksfraktion, hebt in seinem Beitrag zum Cyberwar die traditionell enge Verbindung von Informationstechnik und Militär hervor.

Gemeinsam mit Paul Wellsow, Referent für Grundsatzfragen, analysiert er die Aktivitäten der Fraktion im Web 2.0 als Beispiel für eine moderne politische Kommunikation angesichts der Wandlungsprozesse der Medienlandschaft. (na)

Bodo Ramelow u.a. (Hg.): *It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts*, Hamburg 2012, 152 S., ISBN 9783899654707, 14,80 EUR



KURZ UND PRÄGNANT

IBA als Personalverschiebebahnhof?

Die Internationale Bauausstellung (IBA), die unter dem Motto „Wandel wird Kulturlandschaft“ bis 2023 in Thüringen stattfindet, „wird uns weiterhin im Landtag beschäftigen“, sagte Bodo Ramelow und verwies auf die Plenarsitzung und die Aktuelle Stunde der Grünen. „Es ist gut, dass Thüringen die IBA ins Land geholt hat, wir begrüßen das ausdrücklich, zumal die zuständigen Akteure gute Ideen entwickelt haben.“ Allerdings stelle sich die Frage, „was das alles nützt, wenn der verantwortliche Minister das Ganze offenbar als parteipolitischen Personalverschiebebahnhof benutzt“. Der LINKE Landespolitiker will die Qualifikation der beiden IBA-Geschäftsführer zwar keinesfalls in Abrede stellen, aber das Vorgehen von Carius müsse schon hinterfragt werden, „wenn die Gefahr besteht, dass die Kosten für die Geschäftsführung an die Gesamtsubstanz der IBA gehen“. Auf diese Art und Weise würde die große Erwartung auf neue Ideen und einen Wettbewerb der Experten „schon im Keim erstickt“. Es könne nicht sein, dass solche wichtigen Personalentscheidungen vor dem Hintergrund einer persönlichen Unverträglichkeit im Ministerium getroffen werden.

Einsparpotenziale bei Wärmeenergie

„Die vom Wirtschaftsminister vorgestellte Gebäudestudie für Thüringen hat zu Recht auf ein elementares Problem bei der Energiewende hingewiesen: die Einspar- und Nutzungspotenziale bei der Wärmeenergie. Damit wurde ein wesentliches Problem erkannt, benannt und wichtige Punkte aufgegriffen, so z.B. die Nutzung des Fernwärmenetzes in Thüringen oder die abschbare Erneuerung der Haustechnik vor allem in Ein- und Zweifamilienhäusern“, so MdL Manfred Hellmann. Er forderte eine gezielte Förderung schwächerer Haushalte und kritisierte, trotz aller Studien und Handlungsempfehlungen hapere es immer noch gewaltig an einer kompetenten und lösungsorientierten Beratung bei energetischen Sanierungen. Bei aller Hochachtung für den Erarbeiter der Studie aus Hamburg, müsse aber gefragt werden, „warum ging der Auftrag nicht an einheimische Wissenschaftler, von denen wir z.B. an der Bauhaus-Universität in Weimar oder anderen diversen Fachhochschulen eine ganze Reihe vorzuweisen haben? Unter Strich hat Minister Machnig wieder auf ein wirkliches Problem hingewiesen, aber auch hier blieb er die Antwort schuldig, was er ganz konkret tun wird!“, sagte der energiepolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag.